

II-9576 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



DER BUNDESMINISTER
FÜR UMWELT, JUGEND UND FAMILIE

DR. MARILIES FLEMMING

Zl. 70 0502/237-Pr.2/89

22. Dezember 1989

1031 WIEN, DEN
RADETSKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 71 1 58
DVR: 0441473

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

4401 IAB
1989 -12- 29
zu 4487 IJ

Zu der Anfrage Nr. 4487/J der Abgeordneten Svihalek und Genossen vom 9. November 1989 betreffend Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen, erlaube ich mir zunächst anzumerken, daß am 2. August 1988 keine Art. 15a B-VG Vereinbarung betreffend den Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen abgeschlossen wurde.

ad 1:

Geleitet von dem Wunsch, die Auegebiete in und östlich von Wien aufgrund ihrer Schönheit und Einmaligkeit als Landschaft in Österreich und ihres besonderen ökologischen Wertes als eine der letzten weitgehend ursprünglichen Flußlandschaften in Mitteleuropa zum Wohle der Bevölkerung für alle Zukunft zu erhalten, verhandelt mein Ressort gemeinsam mit den Ländern Wien und Niederösterreich über eine Artikel 15a B-VG Vereinbarung zur Vorbereitung der Schaffung eines Auennationalparks.

ad 2:

Die Länder Wien und Niederösterreich haben den Entwurf einer Artikel 15a B-VG Vereinbarung vorgelegt, der mit meinem Ressort nunmehr auf Beamtenebene abgestimmt wird. Nach der Absprache mit den beiden Ländern soll es eine dreijährige Prüfungs- und Vorbereitungsphase geben, in der die Marchfeldka-

- 2 -

nalbetriebsgesellschaft die Planung seitens der Länder durchführen wird. Es soll eine Nationalparkplanungskommission gegründet werden, daneben soll es ein Nationalparkforum zur Mitsprache der Betroffenen (Interessensvertretungen, Gemeinden, Vereine etc.) zur Abklärung von Fragen der Nutzung, Zonierung, etc. geben. Auch soll ein Wissenschaftlicher Beirat sowie eine Nationalparkgeschäftsführung gegründet werden.

ad 3:

Die für die Kosten der Planungsphase auflaufenden Mittel dürften für drei Jahre insgesamt max. 30 Millionen Schilling betragen, wobei an eine Finanzierung von 50% durch den Bund und 50% durch die Länder gedacht ist. Sollte diese 3-jährige Vorbereitungs- und Prüfungsphase positive Ergebnisse bringen, könnten dann entsprechende Nationalparkgesetze von den beiden Ländern beschlossen werden.

ad 4:

Nach meiner Auffassung haben der Bund und die Länder Niederösterreich und Wien Leistungen für den Nationalpark zu erbringen. Festhalten möchte ich, daß der Bund als größter Grundeigentümer an der Donau seine Grundflächen ebenso wie Vorleistungen, die durch die Nationalparkplanungsgesellschaft erbracht wurden, miteinbringt.

